

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

5.10.1923 (No. 231)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Hauptredaktion:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsteil:
Geheimes
C. A. M. E. N. D.,
Karlsruhe.

Wegungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 1.—6. Oktober 21 600 000 M. — Einzelnummer 5000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Schließelzeit heute 50 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tauffester Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, Langzeitverteilung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interent keine Anspch, falls die Zeitung verläßt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Amtlicher Teil

Neuregelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 sind für den Steuerabzug vom Arbeitslohn grundlegende Änderungen eingetreten. Höher wurden die Beträge, um die sich der 10 v. H. des Arbeitslohns betragende Steuerabzug nach dem Familienstand des Arbeitnehmers und für Werbungskosten ermäßigt, zahlenmäßig durch Verordnung festgesetzt und veröffentlicht, sobald die Lohnentwicklung eine Neuregelung erforderlich machte. Die fortschreitende Geldentwertung und die damit verbundene Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Werbungskosten haben es erforderlich gemacht, die Ermäßigungen in kürzeren Abständen als bisher der Entwicklung anzupassen. Die Verordnung vom 27. September 1923 sieht daher eine automatische Anpassung der Ermäßigungen durch Anschluß an den jeweiligen Lebenshaltungsindezes vor. Hiernach hat der Arbeitgeber künftig die Ermäßigungen selbst zu berechnen. Dabei ist von den in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungsätzen auszugehen. Diese Sätze sind mit einer vom Reichsminister der Finanzen auf Grund der Entwicklung des Lebenshaltungsindezes ermittelten und öffentlich bekannt gemachten Verhältniszahl zu vervielfachen. Die Neuregelung findet erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der nach dem 30. September 1923 fällig geworden und gezahlt worden ist. Die Verhältniszahl ist jeweils bei der Berechnung des Steuerabzugs vom dem Arbeitslohn zugrunde zu legen, der bis zum Ablauf der Kalenderwoche fällig geworden und gezahlt worden ist für die die Verhältniszahl festgesetzt wird.

Die Verhältniszahl beträgt für die erste Kalenderwoche des Oktobers „sechs“. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem in der Zeit vom 1. bis zum 6. Oktober einschl. fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind also die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „sechs“ zu vervielfachen. Daher beträgt z. B. bei wöchentlichem Lohnzahlung die Ermäßigung für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau je $172\ 800 \times 6 = 1\ 036\ 800$ M., für jedes Kind $112\ 000 \times 6 = 672\ 000$ M., der sogenannte Werbungskostenpauschalsatz $144\ 000 \times 6 = 864\ 000$ M. Die Verhältniszahl für die spätere Zeit wird jeweils als Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn unter Angabe der Geltungsdauer im Reichsanzeiger und durch die Tagespresse bekannt gemacht werden. Außerdem erlischt jedes Finanzamt über die Höhe der jeweils geltenden Verhältniszahl Auskunft.

Die Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus einem Merkblatt nicht Tabelle, das bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann.

Staatliche Ortspolizei in Pforzheim

Die Polizeibereitschaft Sigmaringen wird nach Pforzheim verlegt, um dort als staatlich organisierte Ortspolizei Verwendung zu finden.

* Die Krisis

Dieser Tage hat das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“ ein sehr wahres Wort über unsere parlamentarischen Zustände gesprochen. „Nicht das parlamentarische System ist daran schuld, daß bei uns die Dinge nicht recht klappen wollen, sondern die Tatsache, daß wir dieses System noch nicht zu handhaben verstehen. Nicht das Parlament als solches ist schuld, sondern die Tatsache, daß wir nicht die richtigen parlamentarischen Verfahren haben.“ Diese Auffassung deckt sich vollkommen mit der unsrigen. Und die neue Krisis, die auch heute noch nicht überwunden ist, beweist ihre Richtigkeit von neuem.

Was sich da in den letzten Tagen in Berlin abgespielt hat, gehört so ziemlich zu dem Tollsten, was man bisher in der Geschichte des Parlamentarismus erlebt hat. Die Krisis begann damit, daß Mitte der vorigen Woche die Fraktion der Deutschen Volkspartei, Herr Stresemann plötzlich ihr Vertrauen aussprach. Als die Kundigen dieses lasen, haben sie gelächelt, denn, wenn eine Partei, wie die Deutsche Volkspartei, offiziell ihrem Führer das Vertrauen ausdrückt in einem Augenblick, wo dieser Führer als Reichskanzler um die Existenz Deutschlands kämpft und das Vertrauen seiner Partei als eine Selbstverständlichkeit besitzen sollte, dann ist da irgend ein Haufen an der Sache.

Und schon die nächsten Tage haben gezeigt, daß Stresemann faktisch durchaus nicht das Vertrauen seiner Fraktion genießt, sondern daß es inzwischen dem rechten Flügel gelungen war, eine Mehrheit gegen Stresemanns Politik innerhalb der Fraktion auf die Beine zu bringen. Eigentlich hat ja diese Mehrheit gegen Stresemann in der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion immer bestanden. Wir haben von jeher Zweifel gehabt, ob Stresemann mit seinen Anschauungen im Ernstfalle die getreue Gefolgschaft seiner Partei finden würde.

Die Welle, die alles niederwarf, kam natürlich von rechts. Deutschvölkische, deutschnationale und Landbund haben seit dem Abbruch des passiven Widerstands dermaßen zu heken und zu wühlen verstanden, daß alle mehr rechts orientierten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei schließlich vollends nach rechts umkippten. Führer der Opposition wurde der Vorsitzende der Fraktion, der Abgeordnete und frühere Reichswirtschaftsminister im Kabinett Fehrenbach, Herr Scholz.

Als Stresemann seiner Fraktion sein Programm, das in einem Ermächtigungsgesetz gipfelte, vorlegte, überraschte ihn der Fraktionsführer mit Forderungen, von denen sich jeder sofort sagen mußte, daß sie wahrscheinlich die Koalition auseinandersprengen würden. Nach diesen Forderungen sollte das Ermächtigungsgesetz auch auf das sozialpolitische Gebiet (Erwerbslosenfürsorge, Sozialversicherung und Arbeitszeit) ausgedehnt werden. Obwohl im Augenblick fast überall nur eine verkürzte Arbeitszeit in Frage kommt und lediglich für den Bergbau überbunden notwendig sind, hat sich die oppositionelle Mehrheit der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion nicht getraut, die Frage des Achtstundentages aus dem Spiel zu bringen, eben weil sie wußte, daß über der Erörterung dieser Frage die Koalition in die Brüche gehen würde.

Inwiefern dann die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Situation gerecht geworden ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Stresemann und die übrigen Koalitionsparteien haben sich um eine Kompromißformel bemüht, die zwar zum größten Teile den Wünschen der oppositionellen Mehrheit der deutschvolksparteilichen Fraktion entsprach, aber auch der Sozialdemokratie entgegenkam. Bei der entscheidenden Abstimmung innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist diese Kompromißformel mit 71:64 Stimmen, also nur mit 7 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden. Nach der Ansicht dieser 64 Abgeordneten wäre also jenes Kompromiß erträglich gewesen. Man kann es begreifen, daß in den Kreisen der übrigen Koalitionsparteien auch die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine recht herbe Kritik erfährt, zumal bei der entscheidenden Fraktionsitzung etwa 50 Abgeordnete gefehlt haben.

Vielleicht kann man zusammenfassend die Dinge so kennzeichnen: Die rechtsorientierte Mehrheit der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion hat unter dem Einfluß der Parteien und Organisationen der äußersten Rechten die Sozialdemokratie in eine gefährliche Situation hineingemantelrt, und die Sozialdemokratie hat daraus nicht den richtigen Ausweg gefunden.

Allerdings sollte man sich ohne weiteres darüber klar sein, daß auf die Dauer wohl auch jene Kompromißformel die große Koalition nicht gerettet hätte. Das Entscheidende ist und bleibt doch die Tatsache, daß die Mehrheit der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion mit der Sozialdemokratie nicht mehr zusammenarbeiten will und von einem Kabinett träumt, das ganz offen rechtsorientiert ist, oder gar von einer reaktionären Diktatur, zu welcher dieses Kabinett dann überzuleiten hätte.

An sich könnte es ja gar nichts schaden, wenn auch einmal die Deutschnationalen aufs Trapez steigen müßten, um so dem ganzen Volk ihre Regierungskünste zu zeigen. Das innerpolitische Fiasko, das diesen Künsten unmittelbar auf dem Fuße folgen müßte, würde vielleicht vielen eine sehr heilsame Belehrung sein. Aber aus außenpolitischen Gründen kommt wohl ein solches Experiment — bei gesundem Verstand wenigstens — nicht in Frage. Denn es hieße geradezu französische Politik treiben, wenn man bei uns deutschnational zu regieren versuchen wollte. Die Vorgänge in Deutschland, vor allem aber in Bayern, haben schon ohnehin recht viel Mißtrauen im Auslande erregt. Käme jetzt noch eine deutschnationale Reichsregierung, dann würde Frankreich mit dem Hinweis auf ein derartiges Regiment auch solche Staaten für sich gewinnen, die heute noch grundsätzlich eine mehr neutrale Beurteilung der Dinge vorziehen.

Daß man in Berlin und in der Umgebung von Berlin mit dem Gedanken an einen rechtsradikalen Putsch gespielt hat, beweisen die Ereignisse in Küsttrin. Das Ziel dieses Putsches war die Eroberung Berlins und die Einsetzung einer militärischen Diktatur. Der Putschversuch ist im Keime erstickt worden, ein Beweis dafür, daß die Staatsautorität und das Prinzip der Verfassungsmäßigkeit doch noch auf erfreulich festen Füßen steht. Zimmerlin wäre es sehr interessant, näheres über

die Ereignisse in Küsttrin zu erfahren. Bis jetzt ist die Öffentlichkeit recht mangelhaft orientiert worden.

Ob Stresemann, der von neuem mit der Bildung des Kabinetts betraut wurde, mit seinen Bemühungen Glück haben wird, ist bis heute noch nicht zu sagen. Vom Anschein nach sind die Widerstände außerordentlich groß. Und doch hat unser Volk wohl noch nie eine aktionsfähige Reichsregierung dringender gebraucht, als heute. — (Nach einer Privatmeldung aus Berlin, deren Inhalt wir an anderer Stelle bringen, scheint Stresemann indes die Bildung des Kabinetts gelungen zu sein.)

Die Regierungsbildung

Ein Kabinett der Mitte

Nach Privatmeldungen aus Berlin — eine amtliche Mitteilung erfolgte hierüber jedoch noch nicht — ist es Stresemann am Donnerstagabend gelungen, ein Kabinett zusammenzustellen, wenn auch einige wichtige Ressorts zunächst unbefestigt bleiben. Das Kabinett charakterisiert sich als Koalition der bürgerlichen Mitte, bestehend aus Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei. Bis her stehen folgende Namen fest: Stresemann, Kanzler und Außen-, Geheer, Reichswehr und Inneres, Luther, Finanzen, Brauns, Arbeit, Fuchs, besetzte Gebiete, von Oppen, Landwirtschaft und Ernährung, Wirtschaft und Justiz sind noch nicht besetzt.

Nach einer weiteren Meldung soll die Liste noch heute ergänzt, endgültig festgelegt und veröffentlicht werden.

Versuche Dr. Stresemanns, führende Persönlichkeiten der Wirtschaft für sein Kabinett zu gewinnen, scheiterten. Die Großindustriellen waren ebensowenig für die Übernahme der Verantwortung zu gewinnen, wie unter Cuno und im ersten Kabinett Stresemann.

Über die Situation am Donnerstagabend teilt eine Berliner Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ u. a. mit: „Dr. Stresemanns Bemühungen waren im Laufe des Donnerstags von keinem nennenswerten Erfolge begleitet. Der Kanzler dachte daran, ein kleineres Kabinett ohne parlamentarische Bindung zusammenzubringen, etwa derart, daß er selbst den Vorsitz und das Außenamt, der Sozialdemokrat Sollmann das Innere, der Demokrat Geheer das Wehrministerium, der Zentrumsmann Dr. Brauns das Arbeitsministerium mit dem Ernährungsministerium zusammen übernommen hätte, während das zusammengelegte Wirtschafts- und Finanzministerium und das ebenso vereinigte Verkehrs- und Postministerium Männern der Wirtschaft übertragen werden sollten. Die „Männer der Wirtschaft“, an die sich der Kanzler wandte, der Stinnesche Generaldirektor Altmour und der Direktor der Deutschen Werke, Henrich, gaben ihm Abfuhr und auch der Versuch, den bisherigen Minister Sollmann zum Übertritt in das neue Kabinett zu bewegen, schlug fehl, weil sich Sollmann als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht an einem Kabinett beteiligen konnte, das von seiner eigenen Fraktion abgelehnt würde. Denn die sozialdemokratische Fraktion stimmt in ihrer großen Mehrheit heute darin überein, daß sie einem neuen Kabinett Stresemann, in dem der Schwerpunkt nach rechts verschoben würde, kein Vertrauen und kein Ermächtigungsgesetz votieren könne.“

Die Idee Dr. Stresemanns, ein außer- oder überparlamentarisches Kabinett zu bilden ist auch bei den Parteien der bürgerlichen Mitte, den Demokraten und im Zentrum, zunächst nicht auf Gegenliebe gestoßen. Diese beiden Fraktionen glauben, daß sich der Versuch lohne, eine Regierung der großen Koalition auf den Trümmern des alten Kabinetts zu rekonstruieren, wobei man hoffte, über personelle Schwierigkeiten, die das alte Kabinett belastet hatten, leichter hinwegzukommen. Auch die Sozialdemokratie stellte sich einem solchen Versuche nicht von vornherein ablehnend gegenüber, sondern machte ihre Bereitschaft zur Verhandlung lediglich von einer ebenso grundsätzlichen Bereitschaft der Deutschen Volkspartei abhängig. Das Ergebnis der Sondierung, die alsbald von Führern der Demokraten und des Zentrums bei der Deutschen Volkspartei unternommen wurde, sei aber vollkommen negativ gewesen. Die Volkspartei scheint sich jetzt völlig von dem Gedanken eines Zusammenwirkens mit nichtbürgerlichen Elementen freigemacht zu haben. Stresemann scheint in seiner Fraktion trotz der formalen Vertrauensvoten, die sie ihm von Zeit zu Zeit ausstellt, nicht mehr den Einfluß zu besitzen wie früher. In der „Germania“ läßt die Zentrumfraktion vernehmen, daß sie keine Regierung unterstützen werde, die ein Abenteuer darstelle oder unternähme, und daß sie für die beste Regierung diejenige halte, die einen breiten parlamentarischen Rückhalt habe. Auch die „Zeit“, das Organ des Kanzlers selbst, hält es für fraglich, ob ihm eine neue Kabinettsbildung gelinge. Es verdient beachtet zu werden, daß sie sich schon damit begnügt, wenn auf verfassungsmäßigen Wege die Schwierigkeiten der Lage gemeinert werden können. Für den Fall des Mißlingens dieser nach ihrer Auffassung nur zweierlei zu tun übrig: „entweder die Auflösung des Reichstages oder die Fortsetzung der gesetzgeberischen Arbeit ohne das Parlament auf Grund anderer Bestimmungen.“

Der Standpunkt der Sozialdemokratie

Von maßgebender sozialdemokratischer Seite wird erklärt: Die personelle Frage, d. h. der Kampf um das Verbleiben oder Ausscheiden Hilferdings aus seinem Amte würde auch für die SPD keine ausschlaggebende Rolle spielen; Härter wirkten in dieser Beziehung die Gerüchte, die bei einer Ausschiffung Hilferdings den bisherigen sozialdemokratischen Ernennungsmitteln Dr. Luther als seinen Nachfolger im Finanzministerium und den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Landbundes Hepp als Reichsernährungsminister nannten. Darin erblickten die Sozialdemokraten eine verkappte, aber doch unverkennbare Rechtsorientierung des Kabinetts für die in nächster Zeit ausschlaggebenden Messers.

In der Frage der Arbeitszeit standen die meisten Fraktionsmitglieder durchaus auf dem Standpunkt, daß länger gearbeitet werden müßte, wo es notwendig und im Interesse der Leistungsfähigkeit angebracht sei. Es wurde dabei auch darauf verwiesen, daß ja in der Reproduktion die Mehrarbeit nie verweigert worden sei und lange Zeit hindurch Überstundenabkommen bestanden, die bei einem Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft jederzeit wieder aufgenommen werden könnten. Es sei also in dieser Beziehung von Seiten der SPD keine grundsätzliche Opposition gemacht worden, aber die Tatsache, daß ja zur Zeit ohnehin nirgends Vollbeschäftigung möglich und daß sogar in der Bergindustrie stellenweise mit Teilschichten gearbeitet werden müsse, hätte die Frage in der vorliegenden Form zu einer prinzipiellen der Gegenseite gestallt und der Annahme der sozialdemokratischen Forderungen deshalb den Charakter einer Unterwerfungsforderung verliehen.

Die Deutschnationalen

Wachen in ihrer Presse bereits einen „Leitfaden“. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert „volle Arbeit als Gebot der Stunde“ und fährt fort: „Wird jetzt nicht ganze Arbeit gemacht, wird jetzt nicht mit voller Entschiedenheit und Klarheit die deutsche Politik im Reich und in den Ländern auf die nationale Grundlage umgestellt, dann sind wir verloren, dann sind Zusammenbruch im Innern und Kapitulation nach außen die notwendige Folge. Mit Halbheiten und Unklarheiten ist das deutsche Volk nicht mehr zu retten.“

Die „Kreuzzeitung“ führt aus: Die Deutschnationale Volkspartei kann sich nicht auf Kompromisse einlassen, die in den nationalen Interessen nicht vorhanden werden würden und die uns nicht vorwärts bringen würden. Ihre künftige Haltung wird also von dem Vertrauen abhängen, das sie in die von Herrn Stresemann ausgesuchten Persönlichkeiten hat. Uns scheint, der Versuch Stresemanns, ganz abgesehen von allen schweren Bedenken gegen seine Person, auch nur eine Zwischenlösung zu sein, da die Gefahr besteht, daß auch diese neue, mit großen Vollmachten ausgestattete Regierung ein schweres Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie und gegen die Unabhängigkeitspolitik nicht bilden wird. Sollte diese neue Regierung aber in eine Diktatur (Herrn Stresemann-Soteria) ausarten, so ist ihre von vornherein mit Mißtrauen entgegenzutreten.

Die intransigente Haltung Frankreichs

Die Haltung Frankreichs ist unverändert. Kennzeichnend sind Auslassungen des „Temps“ in denen es heißt: Man sei durch die Erfahrung gewarnt und verfolge nicht das Beispiel des Reichsfinanziers Wirth, den alle alliierten Regierungen, wie man jetzt lokal (!) zugegeben müsse, zu Unrecht unterstützt hätten, und der dadurch, daß er alles in die Länge gezogen habe, mit den Alliierten gespielt hätte. Davon käme übrigens auch eine Menge augenblicklicher Schwierigkeiten. Man werde deshalb vom Deutschen Reich die glatte Unterwerfung verlangen, und nichts könne die Franzosen und Belgier abhalten, in ihrer Mission bis zum Ende zu gehen. Wenn Stresemann verschwinde, werde ein anderer folgen, dann ein zweiter oder dritter. Über alle werde man „verbrauchen“, ob sie von links oder von rechts kämen, denn es sei notwendig, daß alle Deutsche und alle Mitglieder der Regierung sich darüber Rechenschaft ablegen, daß es für das Deutsche Reich keine andere Lösung gebe als die, sich den Verpflichtungen des Vertrages zu unterwerfen. Der Berichterstatter fügt hinzu, diese Erklärung entspreche dem, was im Ministerrat am Mittwoch nachmittags festgestellt worden sei. Auch in Brüssel glaube man, daß man erst nach ziemlich langer Frist in den besetzten Gebieten zu einer mehr oder weniger normalen Lage zurückkehren könne. Die französisch-belgische Eisenbahnregie müsse endgültig beibehalten und im Hinblick auf die Sicherheit und auf die produktiven Pfänder in eine interalliierte Regie umgewandelt werden.

Um die Rettung des Karlsruher Landestheaters

In der „Badischen Presse“ ist dieser Tage ein Feuilleton erschienen, das unter der Überschrift „Wie ist unser Landestheater zu retten?“ ziemlich eingehend die Zustände am Theater erörtert und dabei von der wohl nicht unbegründeten Auffassung ausgeht, daß das Institut unmittelbar vor einer Krise stehe, da nach den Plänen der Reichsregierung der bisherige Reichsregisseur, der das Defizit zum größten Teile deckte, in Zukunft weggelassen soll. Der Verfasser des Feuilletons nennt sich Junius alter. Er ist offenbar mit den Verhältnissen gut vertraut, so daß es durchaus angebracht erscheint, zu seinen Ausführungen Stellung zu nehmen.

Junius alter verlangt positiv eine Verbesserung der Oper und zwar eine Verbesserung, die so beschaffen sein muß, daß sie die Opernaufführungen wieder weit und breit zu einer Attraktion macht, oder wenigstens auf die Oper. Dabei ist es für den Verfasser des Artikels eine sozusagen gerichtsmedizinische Tatsache, daß unsere Oper nicht mehr viel wert ist, während das Schauspiel, wenigstens soweit es unter dem betrachtenden und anfeuernden Einfluß Baumbachs steht, sehr gute Leistungen aufzuweisen hat.

Junius alter behauptet damit das Gebiet der rein künstlerischen Leistungsfähigkeit, d. h. also das Gebiet, für welches die Kritik der Tageszeitungen zuständig ist. Und wir halten es deshalb für angezeigt, uns vor allem auf dieses Gebiet zu beschränken. Die Maßnahmen verwaltungsmäßiger, organisatorischer und kunstpolitischer Natur, auf die der Autor zu sprechen kommt, möchten wir lieber einstweilen nicht diskutieren. Für die Entscheidung in diesen Fragen sind andere Stellen zuständig. Andererseits genügt eine klare ästhetische Kritik vollkommen, um den verantwortlichen Stellen ganz von

Die Lage im besetzten Gebiet

Obwohl zehn Tage seit dem Beschluß der Einstellung des passiven Widerstandes vergangen sind, ist bis jetzt in der Lage des Ruhrgebietes noch keine Entspannung eingetreten. Der Grund hierfür liegt nicht etwa in mangelnder Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Wiederaufnahme der Arbeit, sondern in der teils unklaren, teils intransigenten Haltung der Besatzungsbehörden. Im Bergbau haben die vier Bergarbeiterverbände am 1. Oktober an die Bergleute die bekannte Aufforderung zur ungesäumten Aufnahme der Arbeit gerichtet und die kommunistisch-syndikalistische Union fühlt sich offenbar im Augenblick zu schwach, dieser Aufforderung Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die Einstellung des passiven Widerstandes ist damit an dieser wichtigsten Stelle des Wirtschaftslebens, von der der ganze Ruhrkampf seinen Ausgang genommen hatte, sichtbar geworden.

Was aber tun die Franzosen, um als Äquivalent hierfür, wie sie es oft in Aussicht gestellt halten, die Befreiung unsicher werden zu lassen oder auch nur um diejenige Mitwirkung bei der Liquidierung des Ruhrkampfes zu leisten, ohne die die wirtschaftliche Misere des Landes überhaupt nicht wieder in Gang gesetzt werden kann? Die Rückkehr zur vollen Förderung im Bergbau wird volkswirtschaftlich wenig nützen, solange die geforderte Kohle nicht der Industrie zugeführt werden kann, solange die von den Franzosen eingeführten Verkehrsbeschränkungen fortbestehen und der Verkehrsapparat des Landes nicht wieder in Ordnung gebracht worden ist. Wenn es richtig ist, daß ein Vertreter des Generals Depoutte vor Düsseldorf Arbeiterdelegierten die Wiederanstellung der Eisenbahner von der Erfüllung mehrerer Bedingungen abhängig gemacht hat, unter denen sich die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und die Befreiung der Betriebsräte befindet, so muß die Frage gestellt werden, was Frankreich mit so drakonischen Maßnahmen beabsichtigt. Die Befreiung des Ruhrgebietes kann auf diesem Wege selbstverständlich nicht gefördert werden.

Ein Justizskandal als Düsseldorf Nachspiel

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind der Polizeidirektor der Stadt Düsseldorf und Polizeioberinspektor Dr. Pass, ferner Polizeioberinspektor Kühner, Kriminalinspektor Wollenberg, der Kommandeur der Schutzpolizei Engel und Leutnant Vogt vor dem Kriegsgericht in der Voruntersuchung wegen der Vorfälle am letzten Sonntag vernommen worden. Die Anklage lautet auf Mordversuch (!). Die französischen Behörden versuchen nun, wie üblich, die Schuld und die Verantwortung für die Vorfälle von sich und von den Französischen auf die deutschen Behörden abzuwälzen, und scheuen sich nicht, gegen die deutschen Polizeibeamten, die ihrer Pflicht getreu und in Notwehr gehandelt haben, die Anklage wegen Mord zu erheben.

Die Wiener amtliche Nachrichtenstelle (das ehemalige Telegraphen-Korrespondenzbureau) hat auf Eruchen der dortigen französischen Gesandtschaft den Zeitungs-Abteilungen einen Bericht des Generals Depoutte über die Düsseldorf Ereignisse vom 30. September übermittelt. Es genügt, zur Kennzeichnung dieses Berichtes hervorzuheben, daß er den Satz enthält: „Die Haltung der Besatzungsbehörden war äußerst korrekt, das Einschreiten der Polizei war deutlich vorbedacht.“

Vorläufig keine Deportationen. Auf eine Note der deutschen Regierung über eine vollzogene oder beabsichtigte Deportierung von Ruhrverurteilten hat Poincaré geantwortet, daß die Durchführung der Deportationsmaßnahmen vorläufig aufgeschoben sei. Über Ghones, der seine bevorstehende Deportierung nach Cachenne in einem Brief an seine Eltern mitgeteilt hat, enthält das französische Schriftstück nichts. Vermutlich war sein Name in der deutschen Note nicht erwähnt worden.

Politische Neuigkeiten

Wertbeständige Steuern

Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats begann die Beratung des ihm vom Reichsminister der Finanzen zur Stellungnahme überlieferten Entwurfs eines Gesetzes über wertbeständige Steuern und die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens.

Der Entwurf will, nachdem die Einkommen- und Körperschaftsteuer bereits durch die Multiplikation der Vorauszahlungen wertbeständig geworden sind, auch die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer und die Kapitalverkehrssteuer wertbeständig gestalten. Ferner sollen durch Erhöhung der Umsatzsteuer und durch Einführung einer auf Gold gestellten Wertschöpfungssteuer dem Reich neue Mittel zugeführt werden. Schließlich enthält

der Entwurf auch Vorschriften zur Vereinfachung des Steuerverfahrens. Die Bewertung des Vermögens soll in Goldmark erfolgen dementsprechend ist im Entwurf auch ein Goldmarktarif vorgesehen. Die Vermögenssteuer soll jährlich betragen bei physischen Personen für die ersten 10 000 Goldmark des steuerbaren Vermögens 2 v. Tausend, für die nächsten 25 000 Goldmark 4 v. Tausend, für die nächsten 50 000 Goldmark 6 v. Tausend, für die nächsten 100 000 Goldmark 7 v. Tausend, für die nächsten 500 000 Goldmark 8 v. Tausend, für eine Million Goldmark 9 v. Tausend, für weitere Beträge 10 v. Tausend. Für die nichtphysischen Personen sollen die halben Sätze gelten. Wenn das Vermögen 2000 Goldmark nicht übersteigt, soll eine Steuerpflicht nicht bestehen. Die Steuer soll in Gold bezahlt werden oder aber in deutschen Goldwerten, die um das entsprechende Aufgeld erhöht werden. Bezüglich der Erbschaftsteuer sollen die Grundzüge, die der Entwurf für die Vermögenssteuer vorsieht, entsprechend gelten. Die Umsatzsteuer soll auf 2½ Prozent erhöht werden. Eine neue Steuerquelle stellt die in dem Entwurf vorgesehene Wertschöpfungssteuer dar. Die Wertschöpfungssteuer soll einer einmaligen, der Wertschöpfungssteuer unterworfenen Steuer unterworfen werden. Die Steuer ist in Gold zu zahlen, sie beträgt für jede Person, die zum Wertschöpfungsbesuch zugelassen wird, 500 Goldmark und außerdem für jeden angegangenen Kalendermonat der Dauer des Wertschöpfungsbesuchs 100 Goldmark. Schließlich sind in dem Entwurf noch eine Reihe von Vereinfachungen im Besteuerungsverfahren vorgesehen. Die neuen Vorschriften sollen grundsätzlich am 1. Januar 1924 in Kraft treten.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums führte aus, mit dieser Vorlage sei die Vorbereitung einer endgültigen Lösung des von allen als allmählich unhaltbar empfundenen Steuerproblems beabsichtigt und zum anderen läme es darauf an, die jetzige Wertschöpfungssteuer zu lösen, die in den Verhältnissen von Papiermark und Goldbruchung auseinander liegen. Bei der Frage der Erleichterung des Veranlagungsverfahrens läme es darauf an, zu entscheiden: Wo lohnt es sich, eine Steuer einzuleiten, wo lohnt es sich, eine Steuer aufzuheben und wie seien die Rechtsmittel zu behandeln? Weiter bezeichnete der Regierungsvortrag die Befreiung der Vermögen nach als notwendig im Hinblick auf die in der Schwere befindliche Währungsbank und auf die neue Brotverlosungsabgabe. Die Entwicklung eines großen allgemeinen Steuerprogramms fehle in der Vorlage noch und deshalb sei auch die Einkommen- und die Körperschaftsteuer beispielsweise noch nicht behandelt. Technische Gründe verhinderten die Lösung der Aufgabe auf einmal es müßte schrittweise vorgegangen werden.

Die schwebende Schuld des Reiches

Das Anwachsen der schwebenden Schuld des Reiches in der letzten Septembereckel stellt einen Rekord dar. Von 7843 Millionen liegt die schwebende auf 46 717 Millionen; sie hat sich also nahezu verdreifacht. Die Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Zöllen erreichten in der Berichtsbekunde die Höhe von 81,8 Milliarden Mark. Auf das Konto „Schwebende Schuld“, also die Goldanleihe, gingen 69,6 Milliarden Mark ein, so daß das gesamte Papiermarkenergebnis dieser Anleihe bis zum 30. September 1167,9 Milliarden Mark betrug. Zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrages nahm 187,6 Millionen in Anspruch. Zinsen für die schwebende Schuld erforderten 5271,3 Millionen. Die allgemeine Reichsverwaltung beanpruchte 23 943 Millionen Mark. Das starke Anwachsen dieses Betrages wird mit der Zahlung der Teuerungszuschläge für die letzte Septembereckel und der Bereitstellung von Mitteln für die Auszahlung der Ostobergehälter begründet. Daneben stehen, so heißt es in der Begründung weiter, die außerordentlich hohen Ausgaben im Gewicht, die nach für das Meisen- und Ruhrgebiet geleistet werden mußten. Das Defizit der Reichsverwaltungen in der Berichtsbekunde betrug 10 612 Millionen Mark, von denen auf die Reichsbahn allein 6847,5 Millionen entfielen. Von dem Gesamtbetrag der schwebenden Schuld entfielen auf die Schatzwechsel mit einer längeren Laufzeit als drei Monate 184,7 Milliarden.

Bayern und das Reich

Der „Münchener Beobachter“ ist nun von Generalstaatskommissar Rahr auf zehn Tage verboten worden wegen eines Artikels „Artilleristen feuerbereit!“ Es handelt sich dabei um einen der Aufreife, die schon seit einiger Zeit im „Münchener Beobachter“ erscheinen und die unter Ankündigung unmittelbarer bevorstehender Entscheidungen die früheren Angehörigen verschiedener Waffengattungen zum Beitritt zu den nationalsozialistischen Sturmabteilungen auffordern. Damit ist, wenn auch nicht der Form, so doch der Sache nach der Befehl des Reichswehrministers in Bayern durchgeföhrt.

Die Münchener demokratische „Münchener Morgenpost“ ist vom Generalstaatskommissar v. Rahr ohne Angabe von Gründen auf 14 Tage verboten worden.

selbst die nötigen Schlussfolgerungen organisatorischer Art abzuleiten.

Eine Kritik kann naturgemäß an der Person dessen, der für den Betrieb des Theaters zunächst verantwortlich ist, also des Intendanten, nicht vorübergehen. Und hier ist nun die schmerzliche Feststellung zu machen, daß der jetzige Intendant nach Abolvierung gewisser, nicht über Anfangsleistungen im wesentlichen gut gelungen hervorgehoben hat. Rahn wurde engagiert, um die Oper zu reformieren. Was zu einer solchen Reformierung nötig war, konnte ihm schon vor drei Jahren beinahe ein jedes Kind auf der Straße sagen. Leider ist das Nötige bis jetzt nicht getan worden. Es blieb beim Alten. Ja, der alte, schon recht bedenkliche Zustand der Oper verschlimmerte sich noch. Und so ist es gekommen, daß die Opernaufführungen künstlerisch immer tiefer und tiefer sanken. Nur so ist es weiter erklärlich, daß viele Karlsruher Bürger, die selber in dem Besuch der Oper einen Genutz erblickten, sich heute von dem Besuch fernhalten, da sie wohl eine schlechte Aufführung, aber nicht gleich ein Duzend schlechter Aufführungen hintereinander zu ertragen vermögen.

Wenn angängig dieser Einschätzung der Operleistungen die Alternative gestellt wird: Entweder wieder eine gute Oper oder gar keine, so wird man das wohl verstehen können. Woran es liegt, daß unter der Leitung des jetzigen Intendanten die Oper immer schlechter wurde, das ist eine Frage, die wir hier gleichfalls nicht untersuchen wollen und wohl auch nicht untersuchen können, da dem Kritiker ein Einblick in die inneren Verhältnisse des Theaters nicht gut möglich ist. Was man also auf diesem Gebiete hört, kann ruhig zunächst zu den Akten gelegt werden. Es genügt für die Öffentlichkeit die ernüchternde und unumwundene Feststellung, daß Karlsruher die Leistungen der Oper eben immer mehr zurückgegangen ist und allmählich ein Niveau erreicht hat, das zu ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt.

Der Verwaltungsrat, in welchem die Vertreter der Regierung und der Stadt sitzen, werden letzten Endes selber wissen, ob es die Unfähigkeit und Schwäche des Intendanten ist, die den heutigen verfallenen Zustand verschuldet hat, oder ob andere Umstände vorliegen, die dazu einladen, die Verantwortung irgendwo anders zu suchen.

Unserer Meinung nach war eigentlich schon in der vorigen Saison der Zeitpunkt gekommen, um auf das Nachlassen der künstlerischen Leistungsfähigkeit der Oper kritisch hinzuweisen. Aber wir haben gerne abwarten wollen, wie sich die neue Saison anläßt, und wie sich das wirklich sachverständige Publikum zu den Dingen stellt. Der Artikel in der „Badischen Presse“, der übrigens mit sachlichem Ernst geschrieben ist und von großer Liebe für das Theater zeugt, scheint uns aber ein Marmelade sein, den man nicht unbeachtet lassen soll. E. M. W. E. D.

Peter Squentz-Aufführung

Am großen Sinfoniesaal brachte am gestrigen Abend der Jugendering Andreas Gröppius Komödie „Peter Squentz“ zur Aufführung. Der gestrige Abend war eine Wiederholung, lediglich mit dem Unterschied, daß diesmal in einem geschlossenen Raume gespielt wurde, während die erste Aufführung im Freien in Füllingen stattgefunden hatte. Der Jugendering, der in den letzten Jahren wiederholt mit Aufführungen volkstümlicher Stücke an die Öffentlichkeit getreten ist, zeigte auch gestern, daß ihn nach wie vor der gleiche Geist befeuert, wie bisher. Die Aufführung, der der Leiter der hiesigen Volkshöhne, Blum, einen geschickten Prolog in Form eines Zwiegesprächs vorausgehen ließ, verlief glatt und löste bei den Publikum wiederholt herzliche Beifälle aus. Den jugendlichen Spielern, sowie der Spielleitung gebührt für die Leistungen volle Anerkennung. Dem Jugendering möchten wir zurufen, auf dem begangenen Wege weiter zu gehen.

Onkias Franken begehrt am 19. Oktober in seinem Seimatsdorf bei Dittmarschen seinen 80. Geburtstag.

Die bayerische Regierung hat den Reichsanzler telefonisch befragt, ob die außerordentlichen Befehle für die Errichtung der Verordnungen und für die öffentliche Ruhe und Ordnung von weiteren Steuererhebungen nach den letzten Aufstellungen für Einkommen, Meise- und Landabgabe bis zur Revision der Steuererhebung abgesehen.

Englisch-französische Annäherung

Ein Londoner Bericht der "Stampa", der die Zuverlässigkeit seiner Quelle unterstreicht, versichert, daß die plötzliche Bepfändung des englischen Außenministers Curzon mit Poincaré nach dem Ausbruch der Korfu-Krise den Ausgangspunkt für die Umstellung der englischen Politik darstellt. Komplikationen in der Adria, dem Ägäischen Meere und am Suezkanal voraussetzend, habe Lord Curzon Poincaré in bestimmter Weise vor das definitive Problem einer englisch-französischen Kooperation im allgemeinen gestellt. Poincaré sei bereitwillig darauf eingegangen, worauf Lord Curzon die Fortführung der direkten Fühlungsnahme mit Poincaré selbst überließ.

Selbstverständlich ist in London angeknüpft worden, daß die Rede Curzons in der Reichskongress über die diplomatische Lage nicht veröffentlicht werde. Dies ruft in der Londoner Presse Erstaunen und bei der Opposition scharfe Kritik hervor. Der Grund der Geheimhaltung hängt wohl, wie die "Ref. Sta." aus London meldet, mit dem Vertrauen der englischen Regierung in die allmähliche Überleitung der französischen Politik zu einer beträchtlicheren Stellung zusammen. Als erste Frucht der neuen englisch-französischen Annäherung stellt der "Daily Telegraph" fest, daß der französische Vertreter von Paris aus instruiert worden ist, den englischen Forderungen in der Laugerfrage weitgehend entgegenzukommen.

Ein ähnliches Entgegenkommen bezüglich der deutschen Frage ist bisher nicht zu bemerken, vielmehr macht die "Times" auf einen Artikel des kalifornischen französischen Militärbüro "Echo du Min" aufmerksam, der in die Aufforderung an die Rheinländer hinausläuft, eine separate Republik zu errichten, die alsbald den französischen Schutz genießen werde. Der Korrespondent der "Times" behauptet, daß einige der größten deutschen industriellen und finanziellen Kongresse, um ihren Reichtum zu retten und Beziehungen mit Frankreich anzuknüpfen, nunmehr den Plan einer rheinischen Republik beabsichtigen.

Die neuesten Ereignisse in Deutschland werden in London wenig kommentiert. Die "Reinminister Gazette" hält Frankreich vor, daß ein Auseinanderfallen des Reiches kein Vorteil wäre, weil der Reparationsrückstand verloren gehe und Frankreichs Sicherheit nicht erhöht werde, denn ein neues Reich würde während der nächsten Generation wieder zusammenwachsen. Die "Times" glaubt, das deutsche Volk werde vielleicht die Reaktion als Dampfbremse gegen den Friedensvertrag hinnehmen, aber auf die Dauer nicht bezogen sein, das Joch der Zunftlasten wieder aufzunehmen.

Kurze Nachrichten

Erhöhung der Spielarten- und Salzsteuer. Die Spielartensteuer wird vom 8. Oktober d. J. ab auf 27 Millionen Mark je Spiel erhöht, die Salzsteuer auf 237 000 Mark für das Kilogramm.

Die Buchhändlerkasselerhöhung betrug am 5. Oktober 60 Millionen, die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckgewerbe am 6. Oktober 5 000 000, die Schlüsselzahl für Zeitungsanzeigen vom 6. bis 12. Oktober 100 000.

Das Goldsolldollarschuld beträgt vom 6. bis einschließl. 9. Oktober d. J. 6 689 999 900 (3 599 999 900) Prozent. Eine Goldsolldollarschuld ist also gleich 66,9 Mill. Papiermark.

Die Remetfrage vor dem Völkerbund. Wie aus Rom offiziell berichtet wird, haben dort die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs die Antwort des Völkerbundes auf die letzte Note der litauischen Regierung überreicht. In der Antwort wird festgestellt, daß zwischen dem von Rom unterbreiteten Projekt und dem litauischen Gegenprojekt Gegenstände bestehen. Infolgedessen bringt der Völkerbund auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundespaktes dem Völkerbunde die neu entstandene internationale Lage des Remetgebietes zur Kenntnis.

Ein russisch-finnländischer Konflikt. Kürzlich wurde an der finnischen Grenze eine russische Grenzfeststellungskommission ermordet. Sowjetrußland verlangt jetzt von Finnland die Einsetzung einer gemischten Untersuchungskommission, ferner die Auszahlung von 50 000 Goldrubel an die Verwandten der Ermordeten und energische Maßnahmen zur Aufklärung der Tat. Den Hoch sollen finnische Nationalisten ausgeführt haben.

Badische Uebersicht

Baden und der Ausnahmezustand

Wir lesen im "Volkstreu" in seiner heutigen Nummer: In der Mittwoch-Nummer des "Badischen Staatsanzeigers" ist die amtliche Bekanntmachung erschienen, durch welche der militärische Ausnahmezustand für das Reich, also auch für Baden, verhängt ist. Unterzeichnet ist die Bekanntmachung von dem Generalleutnant Reinhardt, dem militärischen Befehlshaber für den Wehrkreis 5, der auch Baden umfaßt.

Es fällt uns auf, daß diese Bekanntmachung von einem Mitglied der badischen Regierung bezogen, von dem zuständigen Minister des Innern nicht gegengezeichnet ist. Das läßt darauf schließen, daß man in den Kreisen der badischen Regierung erhebliche Bedenken gegen die jetzige Verhängung des Ausnahmezustandes auch für Baden hat. Und mit Recht! Es liegt in Baden zurzeit nicht das Geringste vor, das die Verhängung des Ausnahmezustandes rechtfertigt. Die im allgemeinen gegenwärtig in der Bevölkerung herrschende Nervosität wird dadurch nur noch vergrößert. Wollte man in Berlin ein Druckmittel gegen Bayern haben, so ist nicht einzusehen, weshalb man die übrigen deutschen Länder für die bayerische Unbotmäßigkeit bestrafen und schwere Erschütterung der jetzigen, an sich wahrlich genug komplizierten Verhältnisse herbeiführt. Nachdenklich vorzunehmen ist, wie der bekannte Ruf in Baden, so sind die nach unserer Auffassung lediglich als lokale Erscheinungen zu betrachten und dementsprechend militärisch und verwaltungsmäßig zu behandeln.

Über auch nach anderer Richtung hin tragen solche Ausnahmezustände Konfliktstoff in sich. Wie leicht können Reibereien zwischen der Wehrmacht der Militärbehörden und der Bevölkerung des mit dem Ausnahmezustand bedachten Landes entstehen? Es kommt hinzu, daß die Wehrmacht der Militärbehörden in der neutralen Zone Baden an sich nur eine sehr beschränkte sein kann, wenn man die Verwaltungsbehörden in gewissem Sinne völlig ausschaltet. Auf der anderen Seite hat natürlich die Bevölkerung den verhängten Ausnahmezustand zu beachten und verhält bei Verhängung gegen ihn harter Abmahnung.

Man muß deshalb der neuen Reichsregierung empfehlen, den Ausnahmezustand baldmöglichst wieder aufzuheben oder zum mindesten erheblich zu modifizieren. Dies entspricht der allgemeinen Notwendigkeit und der Berücksichtigung dessen, was die derzeitigen politischen Verhältnisse erfordern.

Nichtlinien für die Neufestsetzung der Pachtpreise für Grundstücke

Die Badische Landwirtschaftskammer hat im Benehmen mit der staatlichen Domänenverwaltung, den Vertretern der kirchlichen Verwaltungen der Städte und Gemeinden und den Vertretern aus den Pächter- und Pächterkreisen bezugnehmend, deren Organisationen eine neue Fassung ihrer zum ersten Mal im Jahre 1921 herausgegebenen Richtlinien für die Neufestsetzung der Pachtpreise für Grundstücke vorgenommen.

Grundsätzlich wird der Weizen als Berechnungsgrundlage genommen. Wo die Verhältnisse es verlangen, können allerdings auch andere landwirtschaftliche Produkte, z. B. Roggen, Kartoffeln, Getreide usw. zur Preisfestsetzung gewählt werden.

Von der Festsetzung einer bestimmten Weizenmenge je Acker Boden wurde diesesmal mit Rücksicht auf die außerordentliche Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Badens Abstand genommen (bisher für mittlere Bodenbonität und normale Verhältnisse je Acker drei Fund Weizen nach oben und unten beschreibbar je nach den individuellen Verhältnissen).

Nicht sollen bei Festsetzung der Pachtzinses die örtlichen Verhältnisse und die im Freiweidrecht bei Neuerpachtungen erzielten Pachtzinses der Bezirke berücksichtigt werden. Grundlage hierbei ist selbstverständlich die Bodenbonität!

Als weitere preisbestimmende Momente kommen dann noch hinzu die Lage, das Klima, die Abfuhrverhältnisse u. a. m. — Als Preis, der für die Pachtzinsfestsetzung angenommen werden soll, ist der Preis, der am 1. April 1921 für den durchschnittlichen Weizenpreis zum unmittelbaren vorkriegenden Monats an der nächst gelegenen Börse bezugnehmend, festgesetzt werden soll, der am 1. April 1921 für den durchschnittlichen Weizenpreis zum unmittelbaren vorkriegenden Monats an der nächst gelegenen Börse bezugnehmend, festgesetzt werden soll, der am 1. April 1921 für den durchschnittlichen Weizenpreis zum unmittelbaren vorkriegenden Monats an der nächst gelegenen Börse bezugnehmend, festgesetzt werden soll.

Viersteuererhöhung

Vom 5. Oktober an wird die Viersteuer ab dem 1. Oktober (um etwa 30 v. H.). Mit dieser Steuererhöhung ist unter Umständen eine Nachsteuerpflicht für Wirte und Bierhändler verbunden.

Gegen den Generalstreikgedanken

wendet sich der Landesverband der Arbeiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in den sozialdemokratischen Kreisen einen Ruf nach der Beseitigung Badens veröffentlicht. U. a. heißt es in dem Aufruf:

Die Reaktion ist machtlos gegenüber der geschlossenen Arbeiterschaft der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Nur wenn politische Ziele der Kommunisten dem Reichsbolschewismus Gelegenheit dazu bieten, kann er sich als Meuter des Vaterlandes aufspielen und die Macht an sich reißen. Die Arbeiter, die durch einen Generalstreik eine Arbeiter- und Bauernregierung errichten wollen, spielen nur den Faschisten die Macht in die Hand und werden selbst die Besessenen müssen. Arbeiter, Angestellte und Beamte laßt Euch nicht verführen! Die Putschisten wollen und können Eure elende Lage nicht bessern. Eure Not wird nicht gemindert durch Hunger und Verhungung der Reichsregierung, noch durch Zerstörung der Wirtschaft, sondern nur durch zielbewußte aufbauende Arbeit in Staat und Wirtschaft. Dagegen steht an der Geschlossenheit Eurer Gewerkschaften! Nur so könnt Ihr der Gefahr Herr werden. Ab Disziplin! Folgt nur den Weisungen Eurer Organisation!

Die Reichskorrespondenz Nord-Süd (Herausgeber: Chefredakteur Curt Amend-Karlsruhe) hat mit Ende September ihr Erscheinen einstellen müssen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der badische Landesmilchpreis. Wie uns das städtische Nachrichtenamt Mannheim mitteilt, beträgt der badische Landesmilchpreis (Erzeugergrundpreis) am Sonntag, 7. Oktober 1923 für 1 Liter Vollmilch ab Stall 12 200 000 M.

Die Schlüsselzahl des bad. Einzelhandels vom 4. Oktober beträgt 16 500 400 (Vortag 13 200 000).

Bruchsal, 4. Okt. Die seit dem Frühjahr d. J. an Sonntagen stillliegenden Nebenbahnen Bruchsal-Menzingen und Bruchsal-Hilsbach verkehren am kommenden Sonntag ausnahmsweise wie früher, und zwar aus Anlaß der in Bruchsal stattfindenden landwirtschaftlichen (Straichgau-) Ausstellung. Menzingen ab 5.43 morgens und 3.09 nachm., Hilsbach ab 5.25 morgens und 2.48 nachm., Bruchsal ab 8.10 vorm. und 5.30 nachm.

Aus der Landeshauptstadt

Der bad. Stenographenbund Stolge Schrey veranstaltet am nächsten Sonntag, den 7. Oktober in allen den angeschlossenen Vereinen ein Fernwettkampfbüchlein, das eine rege Beteiligung und gutes Ergebnis verspricht. Infolge der schweren Verhältnisse mußte die Bundesleitung von einem ordentlichen Bundeskongress Abstand nehmen. Um aber die Bedeutung der Kurzschrift wieder vor Augen treten zu lassen, entschloß man sich zu diesem Fernwettkampfbüchlein, denn die Kurzschrift ist heute einerseits im Wirtschaftsleben ein unentbehrlicher, und andererseits für viele Bevölkerungskreise ein Ernährungsfaktor geworden. Ende Oktober findet in Pforzheim ein Vertretertag statt, auf dem organisatorische Fragen behandelt und auch die Ergebnisse des Fernwettkampfbüchleins verhandelt werden.

Die Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923 wird am nächsten Dienstag ihre Pforten schließen. Am Samstag nachmittag 1/4 Uhr wird eine hiesige wohlbekannte Vereinigung von Musikfreunden Sertette und Trio von Mozart spielen. Unser Tenor Albert Peters von Bad. Landestheater hat ebenfalls seine Mitwirkung zugesagt. Am Sonntag 11 Uhr findet wieder eine der beliebtesten Morgenfeiern statt. Fräulein Irma Müller wird mit Sopran- und Altstimmen ihr reißes Können zeigen. Kammermusiker Paul Krauß wird mit einigen seiner stets begeisterten Cellosoloparts vertreten sein. Nachmittags 1/4 Uhr konzertiert nochmals die hier bestens eingeführte und bekannte Kapelle der Musikschule. Am nächsten Dienstag ist Schluß der Ausstellung. Zur Mitwirkung bei der Schlußfeier am Samstag 1/4 Uhr hat sich Frau Agnes Zillen zur Verfügung gestellt. Das Orchester unseres Landestheaters unter Leitung von Fritz Cortolais wird dieser Schlußfeier durch ein klassisches Programm ein besonderes Gepräge verleihen. Konzeptionsmeister Ottomar Voigt wird dabei als stets gern gehörter Solist vertreten sein.

Badische Lustspiel-Konzerthaus. Der ungewöhnliche Anhang, den der in voriger Woche bei stets ausverkauftem Hause 5mal wiederholte Vortrag des Kapitäns Geibert "Im Film nach Südamerika" gefunden hat, trat am besten in dem außerordentlich starken Andrang in Erscheinung. Am Samstag, den 6. d. M., wird der zweite Teil des Vortrags folgen. Da man im ersten Abschnitt vielleicht häufige Einblicke in das Landinnere vernimmt, so bringt der nun folgende Teil davon recht viel. Zuerst machen wir der Viesentadt Buenos-Aires einen ausgiebigen Besuch, dann führt die Reise in Argentinien's Dichtgebiete, wo wir der Erhebung von Mineralölen anwohnen. In den Pampas nehmen wir teil an der Jagd auf wilde Pferde erleben wir das Jureiten der ungebändigten Tiere; weiter führt die Fahrt durch die engen Kanäle der Magalkaestraße, bringt Bilder von Landen auf Seehöhen, die in großen Scharen sich zeigen, eröffnet herrliche Ausblicke auf die gewaltigen Gletscher Südamerikas, die an Großartigkeit mit den eindrucksvollsten Partien unserer Hochgebirge wetteifern können und führt endlich ins Feuerland ums Kap Horn. So wird auch dieser Vortrag wieder unendlich viel des Sehenswerten und Lehrreichen bieten und auch hochgepannte Erwartungen erfüllen. (Bezgl. Anzeige im jetzigen Blatt).

Landestheater. Die symphonische Langdichtung "Die Josefslegende" nach einem literarischen Vorwurf von Harto Graf Reher und Hugo von Hoffmannsthal wurde von Richard Strauß entworfen und ausgeführt unter dem ungeborenen Eindruck, den der Meister f. H. von den ganz außerordentlichen Leistungen des russischen Balletts, insbesondere von dem phänomenalen Tänzer Nijinski empfing, die ihre bewundernswürdige Kunst in den letzten Jahren vor dem Kriege auch in Deutschland bekannt machten. Die Uraufführung des interessanten und schwierigen Werkes fand in einer beispiellos pompösen Aufmachung durch das russische Ballett im Frühjahr 1914 vor einem internationalen Publikum in dem neuerbauten Theatre Champs Elysee in Paris statt und hat für den Meister und damit zugleich für die deutsche Kunst damals einen gewaltigen Erfolg gezeitigt. Hinsichtlich der musikalischen Gestaltung knüpft das Werk nach der Unterbrechung durch die Kammermusikartige "Ariadne" unmittelbar wieder an "Salome" und "Elektra" an.

Verschiedenes.

Die Tragik der Zeit.

Die Weltweizernte weist dieses Jahr wieder einen Rekord auf. Im Jahre 1916 berechnete man den gesamten Getreideertrag auf 421,85 Millionen Quarters, in diesem Jahr schätzte man den Ertrag auf 421,10 Millionen Quarters. Dabei sind in diesem Betrag nicht enthalten die russischen Ernterückstände, die im Jahre 1916 in der für dieses Jahr angegebenen Summe mit 86 Millionen enthalten waren. Während so wieder in der Welt ein Überfluß an Getreide vorhanden sein wird, wird in unserem deutschen Vaterlande auch in diesem Winter wieder mancher darben müssen.

Charles de Lesseps 7.

Charles de Lesseps der Sohn des Erbauers des Suezkanals, der seinerzeit in dem Panamakanal-Scandal verwickelt war, ist in Paris im Alter von 82 Jahren gestorben.

v. Kühne senior freigesprochen.

Vor dem Schwurgericht Potsdam hatte sich der Schlossherr von Pehow, Rittergutsbesitzer Karl v. Kühne zu verantworten, nachdem vor kurzem der Sohn Kühnes vom Amtsgericht Werder wegen Körperverletzung, Nötigung usw. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Wie die Anklage behauptete, soll v. Kühne im Mai 1921 einen jungen Burtschen namens Larfe, der auf einer Wiese des Gutes Eier suchte, erschossen haben. Das Skelet des jungen Larfe ist erst nach Jahr und Tag gefunden worden. v. Kühne bestritt mit Entschiedenheit, den Tod Larfes verschuldet zu haben. Vom Oberstaatsanwalt Gerlach, der die Anklage vertrat, war ein großer Beweisschatz aufgebracht worden. Die Verhandlung endete mit einem Freispruch, da kein Schuldbeweis erbracht werden konnte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 5. Oktober vorbörslich

Tendenz: sehr fest.

	5. Oktober	Anteil. Berlin Kurs v. 4. Okt. 1923	Anteil. Berlin Kurs v. 4. Okt. 1923
Amsterdam	212 000 000	215 400 000	216 540 000 ¹⁰
Kopenhagen	108 000 000	96 538 000	97 442 000 ¹⁰
Italien	27 500 000	24 338 750	24 561 250 ¹⁰
London	2 800 000 000	3 493 750 000	3 506 250 000
Newyork	615 000 000	548 625 000	551 375 000 ⁶
Paris	36 200 000	31 920 000	32 080 000 ¹⁰
Schweiz	109 800 000	97 354 500	98 445 500 ¹⁰
Prag	18 300 000	16 339 000	16 441 000 ¹²

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Anteilige Dollarnotierung der Frankfurter Börse

vom 4. Okt.: Geld 578 550 000, Brief 581 450 000.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Wundelgelber und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Tausend Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 3 000 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 2 800 000
5% Rhein-Donau-Gold-Anleihe	ca. 450 000
7% Redarwerke Goldanleihe	ca. 400 000
5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca. 350 000
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Hektar	ca. 320 000
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca. 320 000
Dollarschuldenscheinungen des Deutschen Reichs	ca. 575 000
Ferner nennen wir noch die nicht mündelbaren	
5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim	ca. 150 000
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca. 520 000

Gründung einer Produktbörse in Freiburg. Unter dem Vorhitz von Kommerzialrat Schuster, Präsident der Handelskammer, fand am Samstag, den 29. September 1923, eine vorbereitende Besprechung über die Gründung einer Produktbörse statt. Eine Anzahl von prominenten Persönlichkeiten des Produktbörsehandels und des Verkehrsvereins war hierzu eingeladen, die sich alle im Prinzip mit dem Gedanken einverstanden erklärten. Zur Inangriffnahme der Vorarbeiten wurde eine Kommission gewählt, der die Herren Direktor Burkart, Kaiser, Kurt Stadler Bomslein sowie die Handelskammer angehören.

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. **Karlsruhe** Kaiserstr. 201
Telegraph-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

Generalvertreter der
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren
Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.
Beste und billigste Bezugsquelle.

Franz Haniel & Cie., G. m. b. H. Karlsruhe
Kaiserstr. 231 // Groß- und Kleinverkauf // Fernruf 4855
Abteilung Kohlen:
Kohlen, Koks, Briketts, deutscher u. ausländ. Herkunft
Abteilung Düngemittel:
Schwefels, Ammoniak, kohlen. Düngekalk, Ammonsulfatsalpeter, Kalisalze, Thomasmehl

Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstümpfen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Grom Harder
Maschinenfabrik A. G. Lübeck
SPEZIALFABRIK FÜR KARTOFFELKULTURGERÄTE



Kartoffel-Erntemaschine
Harders Unerreicht
Patent-Schulze

Auf Vorrat arbeitend.
Verkaufsbüro Köhler & Sommer Karlsruhe

Gebr. Wülker
Teleph. 57ⁿ Karlsruhe i. B. Ruppurrerstr. 64



Alleinvertreter der Firma Heinrich Lanz, Mannheim, Abt. A

K. Ertel, Karlsruhe
45 Kaiserallee 45

Landwirtschaftliche Maschinen aller Art
Spezialität in Milchseparatoren
Reparaturen
Lieferung von Ersatzteilen zu Zentrifugen
und Maschinen aller Systeme
Anfertigung von haus-, Hof-,
Straßen- u. Flügelpumpen etc.
Herde Öfen

Badisches Landestheater.
Samstag, 6. Oktober. 6^{1/2} u. 9^{1/2} Uhr. Sp. I. 3.50
Abon. G 3. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901-1100, 2101-2400

Herodes und Mariamne

Ermäßigungen und Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug.

Die nach § 46 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu berücksichtigenden Ermäßigungen werden künftig von Woche zu Woche neu festgesetzt und zwar in einem Briefchen der für die zweite Septemberhälfte geltenden Ermäßigungen; das für die nächste Woche maßgebende Briefchen wird jedesmal kurz vorher öffentlich bekannt gemacht werden. Auch die Wertansätze für die Sachbezüge werden in einem Briefchen der für die zweite Septemberhälfte geltenden Ansätze festgesetzt werden; diese Ansätze werden jedoch voraussichtlich jedesmal einen Monat lang in Kraft bleiben.

- Die künftig als Grundbeträge maßgebenden Ermäßigungen für die zweite Septemberhälfte betragen:
- für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau: 11.24
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um je 720 000 M. monatlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um je 172 800 M. wöchentlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um je 28 800 M. täglich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um je 7200 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;
 - für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind im Sinne des § 17 Absatz 2:
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 4 800 000 M. monatlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 1 152 000 M. wöchentlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 192 000 M. täglich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 48 000 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden;
 Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet;
 - zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge:
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate um 6 000 000 M. monatlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen um 1 440 000 M. wöchentlich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für volle Arbeitstage um 240 000 M. täglich,
 - im Falle der Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume um 60 000 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.
- Bei den in der Woche vom 1. bis 6. Oktober 1923 erfolgten Lohnzahlungen ist das Sechsfache der obigen Ermäßigungen an dem einzubehaltenden Steuerbetrag von 10 vom Hundert abzuziehen.
- Die als Grundbeträge maßgebenden Ansätze für die Sachbezüge betragen für die zweite Septemberhälfte:
- für weibliche Hausangestellte, Lehrlinge, Lehrlinginnen und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte täglich 960 000 M., wöchentlich 6 720 000 M., monatlich 28 800 000 M., jährlich 345 600 M.,

Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923

Samstag 1/4 Uhr: Musikalische Darbietung. Sextett u. Trio v. Karlsruher Musikfreunden. Alb. Peters, Bad. Landestheater, Tenor.

Sonntag 11 Uhr: Morgenfeier. Irma Roster, Sopran. Paul Trautvetter, Cello.

Sonntag 1/4 Uhr: Konzert. Leitung: Obermusikmeister Heisig, die Kapelle Bad. Polizeibeamten. — Fingel a. d. Lager von H. Maurer.

Dienstag, 9. Okt., nachm. 1/4 Uhr: Schlussfeier. Frau Agnes Zilken, Konzertmeister Ottomar Voigt. Das Orchester des Bad. Landestheaters. Leitung: Fritz Cortolezis. B.827

Bei diesen Veranstaltungen kein Zuschlag zu den Tageskarten.

Dr. Paul Lindig B.828
a. o. Professor für Geburtshilfe und Frauenheilkunde an der Universität Freiburg i. B.
hat die **Direktion der neugegründeten badischen Landeshebammenlehranstalt und staatl. Frauenklinik** (bisher Ludwig-Wilhelm-Krankenheim) übernommen

Ärztliche Sprechstunden Montag bis Freitag 3—5 Uhr in der Frauenklinik (Friedrichsbau) Kaiserallee 10, in dringenden Fällen auch außerhalb dieser Zeit

Detektiv Privat-Auskunft
Argus Mannheim
O. 6, 6. Planken 9.47
Fernspr. 3305
H. Maier & Co., G. m. b. H.

Verschiedene Bekanntmachungen

Die hiesige **B.829**
Polizeikommissariatsstelle
Besoldungsgruppe VII ist alsbald zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich unter Vorlage eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften bis 18. Oktober hier melden.
Weinheim (Baden), den 24. September 1923.
Der Bürgermeister.

Die hiesige **B.830**
Bürgermeisterstelle
ist neu zu besetzen. Bewerbungen sind bis längstens 1. November 1923 an der einzureichen.
St. Blasien, 2. Okt. 1923.
Der Gemeinderat.

Die Bildung einer Wassergenossenschaft für die Rheinniederungswiesen auf Gemarkung Welschnautreut betr.

Es ist bei uns der Antrag auf Bildung einer Wassergenossenschaft für die Rheinniederungswiesen auf Gemarkung Welschnautreut gestellt worden. Der Antrag mit den dazu gehörigen Vorarbeiten liegt vom 8. Oktober 1923 bis einschließlich 22. Oktober 1923 auf dem Rathaus in Welschnautreut öffentlich auf.

Tagfahrt zur Abstimmung über das Unternehmen ist auf **Samstag, den 3. November 1923, nachmittags 3^{1/4} Uhr**, in das Rathaus in Welschnautreut anberaumt. Bei der Abstimmung wird das Stimmengewicht nach der Flächengröße der beteiligten Grundstücke bezw. Grundstücke berechnet; auf 1 qm Fläche kommt eine Stimme.

In der Abstimmungstagfahrt können auch Dritte, deren Rechte und Interessen durch das Unternehmen berührt werden, ihre Einwendungen geltend machen und zur Förderung stellen.

Karlsruhe, den 2. Oktober 1923.
Bezirksamt Abt. II. O. B. 110.

Goldumrechnungsjahr für Landabgabe
für die Zeit vom 6. bis 9. Oktober 1923 einschließlich beträgt Sechshundsechsigmillionenneunhunderttausend. Karlsruhe, den 4. Oktober 1923.
Finanzamt-Stadt und Land.
Sch. 4. 11.28

Die Festsetzung der Ortslöhne nach der Reichsversicherungsordnung betr.

Mit Entschließung des badischen Oberversicherungsamts Karlsruhe vom 22. September 1923 Nr. 1156 wird der gemäß §§ 149 ff. R.V.O. für den Bezirk des Versicherungsamts Karlsruhe mit Wirkung vom 1. September 1923 festgesetzte ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagearbeiter (Ortslohn) mit Wirkung vom 24. September 1923 wie folgt neu festgesetzt:

I. In der Stadt Karlsruhe:

- für Männer:

über 21 Jahre	25 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	20 "
unter 16 Jahren	14 "
- für Frauen:

über 21 Jahre	18 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	15 "
unter 16 Jahren	10 "

II. In den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe:

- für Männer:

über 21 Jahre	21 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	17 "
unter 16 Jahren	11 "
- für Frauen:

über 21 Jahre	16 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	12 "
unter 16 Jahren	8 "

Karlsruhe, den 2. Oktober 1923.
Badisches Bezirksamt.
Versicherungsamt. O. B. 111.

Die Festsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- u. forstwirtschaftlicher Arbeiter betr.

Mit Entschließung des badischen Oberversicherungsamts Karlsruhe vom 22. September 1923 Nr. 1154 wird der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst land- u. forstwirtschaftlicher Arbeiter auf Grund der §§ 936 und 936a R.V.O. mit Wirkung vom 24. September 1923 an festgesetzt wie folgt:

I. In der Stadt Karlsruhe:

- für männliche Personen:

über 21 Jahre	3120 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	2520 "
von 14 bis 16 Jahren	1800 "
Kinder unter 14 Jahren	360 "
- für weibliche Personen:

über 21 Jahre	2040 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	1560 "
von 14 bis 16 Jahren	1080 "
Kinder unter 14 Jahren	360 "

II. In den übrigen Gemeinden des Amtsbezirks Karlsruhe:

- für männliche Personen:

über 21 Jahre	2640 Millionen,
von 16 bis 21 Jahren	1920 "
von 14 bis 16 Jahren	1320 "
Kinder unter 14 Jahren	360 "
- für weibliche Personen:

über 21 Jahre	1560 "
von 16 bis 21 Jahren	1200 "
von 14 bis 16 Jahren	860 "
Kinder unter 14 Jahren	360 "

Karlsruhe, den 2. Oktober 1923.
Badisches Bezirksamt.
Versicherungsamt. O. B. 112.